

même cru guéri. Il excipe de sa bonne foi et soutient que, dès l'instant où le service accompli a en fait aggravé son affection, il a droit à l'exonération prévue par l'art. 2 litt. b LTM.

Le Tribunal fédéral a admis le recours et exonéré le recourant du paiement de la taxe militaire.

Extrait des motifs :

3. — ... L'influence exercée par le service militaire (aggravation évaluée à 25 %) est suffisante pour justifier l'exonération (RO 73 I 251).

4. — Il convient de se demander si le recourant n'est pas déchu du droit d'invoquer l'art. 2 litt. b LTM en raison de la faute qu'il a commise en omettant volontairement de signaler, lors de la visite sanitaire à laquelle il a été cité en janvier 1940, la maladie dont il était atteint. L'Assurance militaire fédérale a en effet, pour ce motif, refusé de verser toute prestation au recourant. Mais cette décision était fondée sur un texte légal précis, l'art. 8 de la loi fédérale sur l'assurance militaire, du 23 décembre 1914. Or la LTM ne contient aucune disposition légale analogue. Dès lors, il n'y a pas lieu d'admettre que le militaire qui a omis de signaler une maladie est déchu du droit d'invoquer ultérieurement l'art. 2 litt. b LTM ; la faute qu'il a commise par son omission est à cet égard inopérante. Sans doute convient-il de réserver le cas où le militaire aurait provoqué volontairement de cette manière une aggravation de son état, afin de bénéficier de l'exonération. Mais cette condition n'est pas réalisée en l'espèce. Il apparaît au contraire évident que le recourant a été de bonne foi en ne signalant pas la maladie dont il était atteint : Se sentant en bonne santé, il a estimé superflu, voire inutile d'annoncer son affection à la CVS ou au médecin de troupe. Dans la suite, il a été confirmé dans cette opinion en constatant qu'il avait accompli plusieurs relèves sans que son état de santé en parût affecté. D'autre part, contrairement à ce que

le Tribunal fédéral a constaté dans d'autres cas (arrêt non publié Abt du 15 mars 1946), c'est bien le service militaire, et non pas la faute commise, qui est la cause de l'aggravation de la maladie ; l'attitude fautive du recourant n'est à cet égard que la cause indirecte, en sorte qu'à ce point de vue-là également elle ne met pas obstacle à l'application de l'art. 2 litt. b LTM.

15. Auszug aus dem Urteil vom 5. März 1948 i. S. T. gegen
Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt.

Militärpflichtersatz : Ob ein Wehrpflichtiger, der wegen « Begehungsneurose » militäruntauglich geworden ist, Anspruch auf Ersatzbefreiung nach Art. 2 lit. b MStG hat, ist in jedem Falle gesondert zu prüfen.

Taxe d'exemption du service militaire : La question de savoir si un militaire déclaré inapte au service pour « psychose de l'assurance » a droit à l'exonération de la taxe au sens de l'art. 2 litt. b LTM doit être examinée et résolue selon les circonstances particulières de chaque cas.

Tassa d'esenzione dal servizio militare : La questione se il milite dichiarato inidoneo al servizio militare per « nevrosi di rivendicazione » abbia diritto all'esonerazione della tassa a sensi dell'art. 2 litt. b LTM dev'essere esaminata e risolta secondo le circostanze particolari d'ogni singolo caso.

A. — Der Beschwerdeführer leistete in den Jahren 1940-1944 Aktivdienst bei der Fliegerabwehrtruppe. Im Mai 1944 sollen nach einer dienstlichen Anstrengung (Ziehen einer Kanone) erstmals Bruchgeschwülste in der Leistengegend aufgetreten sein. Im nächsten Dienst, im Juli 1944, wurde der Beschwerdeführer wegen der Hernien in eine M.S.A. evakuiert. Dort wurde eine Bruchoperation vorgenommen. Anschliessend machte der Beschwerdeführer eine Thrombophlebitis (Entzündung der Venenwand mit Gerinnselbildung) des linken Beines durch. Nachdem die akuten Erscheinungen abgeklungen waren, zog sich die Rekonvaleszenz ungewöhnlich in die Länge. Obwohl auf Kosten der Militärversicherung in der M.S.A., in andern Anstalten und von Privatärzten die verschiedensten Be-

handlungsmethoden angewandt wurden, um allfällig noch vorhandene Entzündungserscheinungen zu beheben, klagte der Beschwerdeführer unablässig über heftige Schmerzen im linken Bein, die ihn angeblich verhinderten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Militärversicherung ordnete deshalb eine psychiatrische und sodann eine neurologisch-internistische Begutachtung an.

Im psychiatrischen Gutachten der Anstalt « Friedmatt » in Basel, vom 26. Oktober 1945, wird ausgeführt :

Objektiv seien Folgen der — kunstgerecht vorgenommenen — Bruchoperation und der damit zusammenhängenden Thrombophlebitis nicht mehr nachzuweisen. Der Beschwerdeführer leide zur Zeit an einer Begehrungsneurose, bei welcher hysterisch-hypochondrische Mechanismen mitwirkten. Es bestehe starker Verdacht auf bewusste Aggravation. Nennenswerte schädliche iatrogene Einflüsse seien nicht festzustellen; der Beschwerdeführer habe von sich aus immer wieder die Ärzte gewechselt. Die Prognose betreffend die Arbeitsfähigkeit sei solange zweifelhaft, als der Beschwerdeführer seine angeblichen Ansprüche an die Militärversicherung nicht durchgefochten habe. Eine weitere Haftung der Militärversicherung sei abzulehnen.

Dem neurologisch-internistischen Gutachten von Prof. Löffler, Zürich, vom 28. Februar 1946 ist zu entnehmen :

An Folgen der Phlebitis sei nur noch eine leichte Zirkulationsstörung im linken Bein zu finden. Andererseits leide der Beschwerdeführer an einer schweren Begehrungsneurose, die mit bewusster Aggravation der objektiv leichten Restfolgen der Operation verbunden sei. Die Prognose sei wahrscheinlich ungünstig. Mit Rücksicht auf die noch bestehenden Zirkulationsstörungen sei eine maximale Arbeitsunfähigkeit von 30 % für die Dauer eines Jahres anzunehmen. Höchstens in diesem Umfange könne die Militärversicherung noch haftbar gemacht werden.

Auf Grund dieses Gutachtens sprach die eidg. Pensionskommission dem Beschwerdeführer eine Abfindung zu.

Nachdem der Beschwerdeführer vom Militärdienst zunächst wegen Status nach Thrombophlebitis dispensiert worden war, wurde er am 4. Juli 1946 gestützt auf die beiden Gutachten wegen Psychoneurose (IBW Ziff. 250/70) ausgemustert.

B. — Als er zum Militärpflichtersatz herangezogen wurde, verlangte er, davon enthoben zu werden, da er infolge des Dienstes untauglich geworden sei. Die Ersatz-

befreiung wurde für die Jahre 1945 und 1946 bewilligt, im übrigen aber abgelehnt. Einen Rekurs hiegegen wies der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt am 31. Oktober 1947 ab. Er nahm an, der einzige Ausmusterungsgrund, die Begehrungsneurose, habe mit dem geleisteten Militärdienst nichts zu tun, sondern sei auf die Konstitution des Rekurrenten zurückzuführen. Die vorübergehende Verschlimmerung des Beinleidens sei auf Bundeskosten behoben worden. Entsprechend ihrer Dauer sei der Rekurrent für die Jahre 1945 und 1946 vom Ersatz enthoben worden. Für eine weitergehende Befreiung fehlten die Voraussetzungen nach Art. 2 lit. b MStG.

C. — Gegen den Entscheid des Regierungsrates führt T. Verwaltungsgerichtsbeschwerde mit dem Begehren, die Befreiung vom Militärpflichtersatz gemäss Art. 2 lit. b MStG sei auch für die Jahre 1947 ff. anzuordnen. Er macht geltend, die Psychoneurose sei eine Folge des Dienstes. —

Das Bundesgericht befreit den Beschwerdeführer auch für das Jahr 1947 vom Militärpflichtersatz, weist aber das weitergehende Begehren ab.

Aus den Erwägungen :

2. — (Begründung der teilweisen Guttheissung der Beschwerde : Hinweis auf das Gutachten Prof. Löfflers, wonach der schädliche Einfluss des Militärdienstes auf das Beinleiden des Beschwerdeführers noch bis ins Jahr 1947 angehalten hat.)

3. — Es bleibt zu prüfen, ob der einzige Grund der dauernden Militäruntauglichkeit des Beschwerdeführers, die Psychoneurose (« Begehrungsneurose »), als Dienstfolge im Sinne von Art. 2 lit. b MStG betrachtet werden kann. Wie dem Bundesgericht bekannt ist, beruht diese Schwäche nach den Erfahrungen und Beobachtungen der medizinischen Wissenschaft auf konstitutioneller Grundlage, auf angeborener Besonderheit der psychischen Verfassung der betreffenden Person. Sie kann daher in der

Regel nicht auf den geleisteten Dienst zurückgeführt werden, auch wenn sie sich erst in dessen Verlauf oder im Anschluss daran bemerkbar gemacht hat. Andererseits wäre es aber auch nicht richtig, die Möglichkeit wenigstens einer Mitverursachung oder einer Verschlimmerung des Gebrechens infolge des Dienstes von vornherein auszuschliessen. Schockwirkungen ausserordentlicher dienstlicher Vorkommnisse oder unrichtige ärztliche Behandlung einer durch den Dienst verursachten Krankheit können die an sich auf anormaler Charakteranlage beruhende psychische Schwäche des Patienten unter Umständen in erheblichem Masse nachteilig beeinflussen («traumatische» oder «Behandlungsneurose»). Daher ist in jedem Falle einer sogenannten «Begehrungsneurose» gesondert zu untersuchen, wie es sich in dieser Beziehung verhält, wobei das Gericht in dieser vorwiegend medizinischen Frage auf die Meinung zuverlässiger sachverständiger Ärzte angewiesen ist (vgl. BGE 58 I 194; nicht veröffentlichtes Urteil vom 23. März 1945 i. S. Indermühle; BGE 60 II 132 ff.; 70 II 168 ff.; KISTLER, Rechtsfragen aus dem Gebiet der Militärversicherung, ZSR 1942 S. 93 a ff.).

Hier liegt nach den Ausführungen der Sachverständigen nichts vor, was auf einen erheblichen ungünstigen Einfluss des geleisteten Dienstes schliessen liesse. Die Bruchoperation ist nach den Regeln der ärztlichen Kunst vorgenommen worden, und auch in der nachfolgenden Behandlung haben es die Ärzte an nichts fehlen lassen. Dass die Behandlung sich ungewöhnlich in die Länge gezogen hat, ist dem Verhalten des Beschwerdeführers selbst zuzuschreiben, der wiederholt von sich aus die Ärzte gewechselt und zudem sein Beinleiden bewusst aggraviert hat, wie einwandfrei feststeht. Die Gutachten der «Friedmatt» und Prof. Löfflers geben über diese Verhältnisse zuverlässig Aufschluss. Sie beruhen auf eingehender Untersuchung und persönlicher Beobachtung durch die Experten. Es besteht kein Anlass, die Gründlichkeit der Unter-

suchung und die Zuverlässigkeit der Ergebnisse in Zweifel zu ziehen. Danach fehlen aber die Voraussetzungen, an welche Art. 2 lit. b MStG die dauernde Ersatzbefreiung knüpft.

16. Extrait de l'arrêt du 30 janvier 1948 en la cause Administration cantonale de l'impôt pour la défense nationale du canton de Vaud contre Société X S. A.

Impôt pour la défense nationale; bénéfice net des sociétés anonymes (art. 49 AIN).

Il n'y a pas lieu de réunir au bénéfice net des sorties de fonds qui ne se traduisent pas, dans les comptes, par une réduction de l'actif à la clôture de l'exercice. Peu importe que les prestations en cause soient assujetties au droit de timbre sur les coupons (art. 5 al. 2 LC).

Wehrsteuer, Reingewinn der A.-G. (Art. 49 WStB).

Aufwendungen, die rechnungsmässig nicht zu einem Ausfall im Bücherabschluss führen, bedingen auch dann keine Zurechnung zum ausgewiesenen Reingewinn, wenn sie der eidg. Stempelabgabe auf Coupons (Art. 5, Abs. 2 CG) unterworfen sind.

Imposta per la difesa nazionale, utile netto delle società anonime (art. 49 DIN).

Non debbono essere aggiunte all'utile netto quelle uscite che non si traducono, nei conti, in una riduzione dell'attivo alla chiusura dell'esercizio. È irrilevante ch'esse siano assoggettate al diritto di bollo sulle cedole (art. 5 cp. 2 della legge federale concernente la tassa di bollo sulle cedole).

La maison X S. A. (capital-actions au nominal de 2 000 000 fr.) exploite son commerce dans des immeubles appartenant à la société immobilière Y S. A. (capital-actions au nominal de 1 000 000 fr.). Les deux sociétés avaient pour seuls actionnaires MM. A. et B. Z. En 1941, ceux-ci vendirent à un consortium la totalité des actions des deux sociétés. Le prix de vente fut fixé à 6 000 000 fr. L'opération se déroula de la manière suivante: le consortium reprenait les actions de la société commerciale pour leur valeur nominale et ladite société acquérait pour le prix de 4 000 000 fr. les actions de la société immobilière. Pour se procurer les fonds nécessaires, la maison X porta son capital-actions de 2 000 000 à 5 000 000 fr. par l'émission de nouvelles actions et contracta en banque